

Wohnungen für Flüchtlinge

Die FDP-Fraktion regt an, dass die Stadt eine Initiative der Nordrheinwestfälischen Immobilienwirtschaft aufgreift, Leerstand an privatem Wohnraum für Flüchtlinge zu aktivieren.

"Dem Vernehmen nach gehen wir in Krefeld von einem Wohnungsleerstand aus, der in die Tausende geht. Allerdings fehlen uns letztlich gesicherte Daten. Beschlagnahmen könnten im Sinne der Akzeptanz der Flüchtlinge kontraproduktiv sein. Deshalb ist es für uns naheliegend, das Angebot der Landesentwicklungsgesellschaft und anderer privater Wohnungsgesellschaften aufzugreifen, die privaten Wohnungseigentümer anzusprechen," erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

Voraussetzung sei der Aufbau einer landesweiten Leerstandsdatenbank, die es bislang nicht gebe. Immobilienkonzerne und private Vermieter sollen freie Wohnungen melden, damit die Kommunen sie anbieten und systematisch Flüchtlinge zuweisen können. Der Landesbauminister soll erklärt haben, dass Kommunen in vielen Fällen nicht wüssten, wo Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung stünde. Sein Ministerium arbeite derzeit mit dem Verband der Wohnungswirtschaft und vier Großstädten im Ruhrgebiet an einem Internetportal, auf dem die Wohnungsunternehmen den Kommunen freie Wohnungen anbieten könnten.

Die FDP schlägt vor, dass sich die Stadt mit Unterstützung des örtlichen Haus- und Grundbesitzervereins sowie der Krefelder Landtagsabgeordneten in diese landesweite Initiative einbringt.

"Aufgrund des hohen Zeitdrucks plädieren wir dafür, statt einseitig auf Wohnungsneubau zu setzen, vorhandenen Wohnraum einer Nutzung wieder zugänglich zu machen. Wohnungsneubau in größerem Umfang birgt außerdem die Gefahr, dass wir dadurch ein Überangebot auf längere Sicht produzieren", meint Heitmann.